

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Telefon Nr. 2011
Schiffbaustr. 10
Dresden - K. L. Wartenberg 1932

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.00 Mk. (einschl. 10 Pfg. für Postgebühren), bei wöchentlichem Versand 1.50 Mk., bei halbjährlichem 7.50 Mk., bei jährlichem 13.00 Mk. (einschl. 10 Pfg. für Postgebühren). Einzelhefte 10 Pfg. (einschl. 10 Pfg. für Postgebühren). Die Druckerei ist für alle Druckarbeiten und Buchbindungen bestens geeignet. Die Druckerei ist für alle Druckarbeiten und Buchbindungen bestens geeignet.

Druck u. Verlag: Dietrich & Wiedmann, Dresden, Wilschstr. 10. 1008 Dresden. Nachdruck nur mit dem schriftlichen Einverständnis der Redaktion. Unveränderte Schriftgröße werden nicht aufgesetzt.

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Ultimatum des Kabinetts an die Gastwirte

Berzucht auf Bierstreif - sonst erhöhte Steuer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Febr. Das Reichskabinett ist am Sonnabendvormittag zusammengetreten, um sich u. a. mit der Frage des immer mehr an Ausdehnung gewinnenden Bierstreifs zu befassen. Dieser Streif hat insofern erhebliche finanzielle Bedeutung für das Reich, als jeder Streifen dem Reich wie den Gemeinden riesige Summen nicht eingegangener Biersteuern kostet.

Die Reichsregierung hat nunmehr einen ultimativen Beschluß gefaßt, nach dem der schon in Bearbeitung befindliche Entwurf für eine Herabsetzung der Biersteuer wieder zurückgezogen und alle Pläne zur Senkung der Reichs- und Gemeindefürstener zurückgestellt werden sollen, wenn der Berliner Bierstreif nicht bis Montagmittag wieder abgeblasen ist.

In den Mittagsstunden wurde die Tatsache des Ultimatums auch von amtlicher Seite bestätigt. Dieser Beschluß der Reichsregierung ist höchst sensationell. Das Kabinett hat gestern im Reichstag die Stimmen der Wirtschaftspartei bekommen.

Dieser wirtschaftsparteilichen Zustimmung gingen lebhafteste Verhandlungen in der Biersteuerfrage voran.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war die Zusage der Regierung, ab spätestens 20. März dafür Sorge zu tragen, daß die Biersteuer, soweit sie insgesamt 22 Mk. pro Hektoliter beträgt, um 7 Mk. gesenkt werden soll. Diese Senkung bezieht sich aber die betroffenen Kreise, insbesondere die Gastwirte, nicht. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde der Bierstreif nach Hamburgs Beispiel auch in der Reichshauptstadt organisiert, der praktisch heute schon zu einem

nachzu volligen Verlegen des Bierauschanks

geführt hat. Der Bierstreif war so weitgehend, daß beispielsweise im Reichstagrestaurant verweigert wurde, es würden jetzt die letzten Gläser Bier ausgeschenkt. Die Wirtschaftspartei ist also gleichsam um die Früchte ihrer Bemühungen bei der Reichsregierung gebracht und hat zum mindesten in dieser Frage ihre Stimmen ohne positive Gegenleistung für das Kabinett Brünning gestern abgegeben.

Weiter wird mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister alle Verhandlungen mit den Gastwirtsverbänden abgebrochen hat. Dinaufgeführt wird, daß es widerstrebend sei, die Steuern in dem Augenblick zu senken, wo der Konsum, der die Steuern hervorbringt, unterbunden werde. Schließlich finden heute Verhandlungen über die drohende Brot-

preis-erhöhung statt. Die zuständigen Stellen sind autorisiert, mitzuteilen, daß eine Erhöhung des Brotpreises nicht in Frage kommt.

Berliner Gastwirte bei Dr. Sahn

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Febr. Eine Abordnung der Lokalkommission der Berliner Gastwirte sprach im Laufe des heutigen Vormittags bei dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn vor, um diesem nochmals die Forderungen vorzutragen, für deren Verwirklichung die Gastwirte in den Streit getreten sind. Die Vertreter der Gastwirte verlangten Erleichterungen bezüglich der Vergnügungssteuer und eine Aufhebung der Gemeindefürstener. Oberbürgermeister Dr. Sahn wies in seiner Antwort auf die schwere Finanzlage der Stadt Berlin hin und betonte, daß mit Rücksicht auf die hohe Zahl der von der Stadt zu unterstützenden Sozialfahrts erwerbslosen wohl kaum auf Steuererlässe verzichtet werden könne. Sodann bieten die Vertreter der freilebenden Gastwirte eine Erklärung ab, in der zu der Lage Stellung genommen wurde. Da die Vorkonten in den meisten Lokalen ausgetrocknet sind, wird der Streit nunmehr von Tag zu Tag wirksamer.

Goerdeler gegen Brotpreiserhöhung

Berlin, 27. Febr. Wie die ZL zu der vom Berliner Bäckergewerbe beabsichtigten Brotpreiserhöhung um 2 Pf. für das 1200-g-Brot ab kommenden Montag erklärt, ist der Reichskommis für die Preisüberwachung der Lebensmittel, daß diese Erhöhung nicht akzeptiert ist und daß es den Bäckern bei der fallenden Tendenz der Roggen- und Weizenmarktpreise - insbesondere mit Rücksicht auf die Vorverkaufpreise von Mehlprodukten, die ab 1. März auf den Markt kommen und annähernd einen Monatsbedarf decken - möglich sein werde, den bisherigen Brotpreis zu halten.

Entscheidung über Reichslichtstreif am Montag?

Berlin, 27. Februar. Das Reichsministerium des öffentlichen Mittelstandes hat am Montag vormittag eine Sitzung einberufen, in der ein endgültiger Beschluß über die Durchführbarkeit eines Reichslichtstreifs gefaßt werden soll. Am Montag oder Dienstag wird sich auch das Berliner Mittelstandespartei mit dieser Frage befassen.

Ein litauischer Präsident für Memel

Bergewaltigung der deutschen Mehrheit

Memel, 27. Februar. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, hat der Gouverneur des Memelgebietes heute mittag den Vizepräsidenten des Direktoriums ernannt. Die Verhandlungen mit den Fraktionsführern der Volkspartei und der Landwirtschaftspartei, die bekanntlich die Mehrheit des Memeler Landtages darstellten, sind dieser Ernennung nicht vorausgegangen. Der neu ernannte Präsident Simmat hat sich auch nicht an die Führer der Mehrheitsparteien gewandt, um mit ihnen Verhandlungen über die weitere Zusammenlegung der Regierung zu führen. Das gegen hat er sich direkt mit zwei Persönlichkeiten in Verbindung gesetzt, die den Mehrheitsparteien angehören oder ihnen nahe stehen, und sie aufgefordert, in die Regierung einzutreten. Eine Entscheidung darüber, welche Haltung die beiden Herren einnehmen werden, ist noch nicht gefallen. Sie wird vor allem davon abhängen sein, welche politische orientierten Herren der Gouverneur außer Simmat noch in der Regierung sehen will. Die endgültige Entscheidung dürfte im Laufe des Sonnabends fallen.

Oderzu erfahren wir noch von unserem Korrespondenten, daß Simmat zwar politisch nicht hervorgetreten ist, sich aber als Litauer bekennet. Wie verlautet, will man in das neue Direktorium Tolichus hineinnehmen, was für die Mehrheitsparteien völlig untragbar ist.

Die amtliche litauische Telegraphen-Agentur veröffentlicht zu dieser Angelegenheit eine Mitteilung, in der sie die Beantragung Simmats mit der Bildung des Landesdirektoriums bestätigt. Gouverneur Mertus habe dem Vertreter der memelländischen Mehrheitsparteien Kubša erklärt, daß es ihm nicht möglich sei, mit den Mehrheitsparteien in einen offiziellen Kontakt zu treten, weil diese ihren Protest gegen die Abberufung Witkowskis nicht erließen.

Der Schulterror in Polen

Warschau, 27. Februar. Der polnische Sejm hat gestern nach mehrstündiger Sitzung das neue von der Regierung eingebrachte einheitliche Gesetz für das öffentliche Schulwesen verabschiedet. Sowohl die Deutsche Fraktion als auch die Redner der übrigen Minderheiten, die sich an der Aussprache im Plenum beteiligt hatten, vertreten durchweg den Standpunkt, daß das allgemeine Schulgesetz und noch mehr das Gesetz für das private Schulwesen sowohl mit der Staatsverfassung als auch mit dem Minderheitenvertrage unvereinbar seien. Sie stimmten alle dagegen. - Im Witternachts wurde das Gesetz für das öffentliche Schulwesen anschließend mit den Stimmen des Regierungsblocks angenommen.

Verfalltes muß geändert werden

Newark, 27. Febr. In der Märznummer der Monatschrift der Presbyterialen Kirche Amerikas ist eine Unterredung mit Dr. J. H. Wood veröffentlicht, in der der Senator erklärt, daß keine Abänderungsmöglichkeit vorhanden sei, solange der Verfallter Vertrag bestehe. Der Vertrag sei auf Gewalt aufgebaut, und es müsse ein neuer Vertrag auf der Grundlage der Gerechtigkeit geschlossen werden. Der Verfallter Vertrag müsse jedenfalls friedlich oder gewaltlos geändert werden.

Kreditausweitungs-gesetz im Kongreß angenommen

Newark, 27. Febr. Senat und Repräsentantenhaus haben am Freitag dem endgültigen Kompromißvorschlag zugestimmt, den der Pantenauswahlschuh zu dem Gesetz über die Kreditausweitung bei den Bundesreferenzbanken ausgearbeitet hatte. Der Inkraftsetzung des Gesetzes bedarf es jetzt lediglich noch der förmlichen Unterschrift des Präsidenten Hoover.

Sterbende Parlamente

Mit dem höchst unparlamentarischen Wort „Affentheater“ ist die vier tägige Reichstagsdebatte ausgedrückt. Aber diese Art der Kritik ist nur im hohen Maße selbst ungebrauchlich. Außerhalb des Parlaments fragt man sich auch im Rückblick auf die vergangene Reichstagswoche: Wozu dieses Theater, wenn nach solcher Entschelung aller Leidenschaften doch alles beim alten bleibt? Abgesehen von einem Höhepunkt in dem Hebeduell Brünning-Goebbels bestand die sogenannte Aussprache doch nur aus einer Reihe von Zwischenfällen und im übrigen aus wüstem, chaotischem Lärm. Diesen peinlich wirkenden Anschauungsunterricht hat auch die Schallplattenübertragung der Kanzlerrede durch den Rundfunk vermittelt. Gewiß war diese Darbietung am Abend sonderbar, nachdem sie der Reichstagskanzler mittags selbst abgelehnt hatte, gewiß war sie sehr einseitig, weil das Echo der Opposition fehlte, aber im ganzen wirkte sie doch ungewollt nicht als Propaganda für das Brüningssystem, sondern gegen den Parlamentarismus. Daß der Kanzler rednerisch einen großen Tag hatte, ist hier schon anerkannt worden. Trotzdem entstand erst am Schluß ein geschlossener Eindruck. Zwischen lauter Zählchen und ewigen Apoptropfen an das Publikum hörte man minutenlang nur das ohnmächtige Wimmern der Glocke, vergebliche Mahnungen des Präsidenten und einen Orkan von Geräuschen, zusammengesetzt aus Pfeifen, Zwischenrufen, Gelächter und Protestkundgebungen. Ein lächerliches Schauspiel, aber keine Rede und keine Diskussion.

In den Stimmungsbildern ist man schnell fertig mit dem Urteil: Tiefstand des parlamentarischen Niveaus - Bewunderung der politischen Sitten! Und in der Einsprezse liest man, daß der Radikalismus in der Kampfmethode der Reichsopposition diesen Zustand verschuldet habe. Von der Linken war man ja an Radau und Tumult von jeher so gewöhnt, daß solche Störungen durch Gewohnheitsrecht zu ihrem Privileg geworden zu sein scheinen. Aber die wahren Gründe dafür, daß das Reichsparlament seit langem schon die Arbeitsfähigkeit und jetzt auch die Verhandlungsfähigkeit eingebüßt hat, liegen doch tiefer. Einmal in der trampfartigen Erschlitterung des Volkes, die zur parlamentarischen Entladung der Spannungen drängt, und dann in dem Umstand, daß dem Reichstag die wesentliche Eigenschaft eines Parlaments fehlt, nämlich die Permanenz. Wenn er in einer politisch so aufgeregten Zeit nur noch drei- bis viermal im Jahre zusammentritt, dann ist es nur natürlich, daß die zurückgebliebenen Leidenschaften überschäumen und für sachliche Arbeit weder Zeit noch Möglichkeit bleibt. Früher gab es auch viel Polemik und Agitation zum Freuden hinaus, aber in der Hauptfrage wurden doch Anträge beraten, welche beschloßen und Initiativen für die Tätigkeit der Regierung gegeben. Jetzt wo man alle Vierteljahre nur für ein paar Tage zusammentritt, wird nur noch agitiert und gekämpft. Das möchte so kommen, wenn sich das Parlament seinen verfassungsmäßigen Funktionen verweigert und zur Unterschriftsmaschine für Rotverordnungen eines Direktoriums und ihrer Bürokratie wird. Da zudem die Parteifronten so erhartet sind, daß auch die einschneidendsten politischen Strukturveränderungen im Volke keine Bewegung im Parlament mehr auslösen können - die Abstimmung am Freitag ergab fast die gleiche geringe Mehrheit wie im September - ist auch diese letzte Betätigung des Reichstages zur Farce geworden. Nur eine Rettung gäbe es für den sterbenden Parlamentarismus: wenn dem todkranken Körper möglichst schnell durch einen neuen frischen Blut

Eine Zusammenstellung der beim Helmgange unseres Königs in den Dresdner Nachrichten erschnlenen Berichte und Bilder

Von vielen Seiten wurde der Wunsch geäußert, die Berichte, die wir beim Hinscheiden des Königs Friedrich August veröffentlicht haben, gesammelt zu erhalten. Da die betreffenden Nummern der Dresdner Nachrichten aber inzwischen vergriffen sind, haben wir einen Sonderdruck dieser Berichte hergestellt und in einem Heftchen versandt, das von Mittwoch, den 2. März, an zum Preise von 60 Pfg. in unserer Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, sowie in unseren Annahm- und Verkaufsstellen zu haben ist. Ein Versand nach auswärts erfolgt gegen Voreinsendung von 70 Pfg.

VERLAG DER DRESDNER NACHRICHTEN